



An den Vorsitzenden
des Rates der Stadt Köln
Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 14.03.2013

AN/0372/2013

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	19.03.2013

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet Sie darum, folgenden Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 16.1: Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 - „Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 19.03.2013 zu setzen:

Hierdurch wird der Beschlusstext der Verwaltungsvorlage um einen Punkt 4 (kursiv hervorgehoben) ergänzt:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht zur Kenntnis, wonach in Nordrhein-Westfalen, anders als in anderen Bundesländern, grundsätzlich aufgrund der landesrechtlichen Vorgaben des KAG NRW für eine Kommune kein Handlungsspielraum besteht, auch in einem außergewöhnlichen Härtefall wie dem Einsturz des Historischen Stadtarchivs am 03.03.2009 aus allgemeinen Billigkeitserwägungen auf eine Beitragserhebung ganz zu verzichten oder die Ausbaubeiträge allgemein zu erlassen.
2. Auf die auf Weisung der Kommunalaufsicht ausgesprochene Beanstandung durch den Oberbürgermeister hebt der Rat deshalb seinen Beschluss vom 14.09.2010 „Verzicht auf die Erhebung von Straußenausbaubeiträgen für die Erneuerung/Umgestaltung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinswall“ (Vorlage Nr. 3134/2010) auf.
3. Der Rat wird die von der Kommunalaufsicht geforderte Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinstraße beschließen.

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Vorschlagserarbeitung konkreter Maßnahmen bzw. Hilfestellungen, durch deren möglichst zeitnahe Umsetzung die Wohn- und Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner der Severinstraße sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die örtlichen Gewerbetreibenden nachhaltig verbessert werden können.*

Begründung:

Die Bewohner der Severinstraße haben seit dem Einsturz des historischen Archivs am 03.03.2009 – ebenso wie die dortigen Gewerbetreibenden – massive Belastungen und Beeinträchtigungen hinnehmen müssen.

Der Stadtdirektor hatte den Menschen seinerzeit auf Basis einer falschen Rechtsauffassung versprochen, eine Befreiung von den Beiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) zu erwirken.

Vor diesem Hintergrund wurde dem Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 14.09.2010 eine Vorlage zwecks Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Erneuerung/Umgestaltung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinswall“ (Vorlage Nr. 3134/2010) vorgelegt.

Die CDU-Fraktion hatte den Rechtsdezernenten zuletzt in der Sitzung des Rates im September 2012 in einer Aktuellen Stunde nachdrücklich aufgefordert, eine rechtssichere Lösung mit dem Ziel einer schnellen und effektiven Hilfestellung für die Menschen im Severinsviertel zu finden.

Denn in der Diskussion um eine Beitragsbefreiung hatte die CDU-Fraktion frühzeitig Bedenken gegen die Einschätzung des Stadtdirektors formuliert und der Vorlage allein deshalb zugestimmt, weil dieser die Rechtmäßigkeit einer Befreiung von den KAG-Beiträgen wiederholt betont hatte.

Nunmehr hat die Kommunalaufsicht entschieden, dass der Ratsbeschluss vom 14.09.2010 durch den Oberbürgermeister aufzuheben und eine Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinstraße zu beschließen ist.

Da eine finanzielle Entlastung für die Anwohnerinnen und Anwohner der Severinstraße hier nach kaum noch realisierbar sein dürfte, ist es aus Sicht der CDU-Fraktion dringend angezeigt, alternative Hilfsmaßnahmen für die Menschen im Severinsviertel zu eruieren.

Denkbar wären z.B. Werbemaßnahmen für die Geschäfte im „Vringsveedel“ oder auch durch Einhausung der durch die KVB geschaffenen U-Bahn-Zugänge, um deren fortschreitender Verschmutzung entgegenzuwirken und die Aufenthalts- und Lebensqualität der Menschen spürbar zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer